

Lichtenstein-Gothberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Wochenblatt für Seebad, Mühl, Bernsdorf, Kitzdorf, St. Egidien, Seebad, Wahren, Kitzdorf, Ortmanndorf, Mühlen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Gungold, Thom, Niederwille, Kitzhau und Lichtenstein

Wochenblatt für das Regl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Wöchentliche Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 161.

68. Jahrgang

Sonnabend, den 13. Juli

1918.

1918.

Preis des Blattes 1/2 Pf. pro Stück, 1/2 Pf. pro Quartal, 1/2 Pf. pro Semester, 1/2 Pf. pro Jahr. — Druck- und Verlagskosten 1/2 Pf. pro Stück, 1/2 Pf. pro Quartal, 1/2 Pf. pro Semester, 1/2 Pf. pro Jahr. — Druck- und Verlagskosten 1/2 Pf. pro Stück, 1/2 Pf. pro Quartal, 1/2 Pf. pro Semester, 1/2 Pf. pro Jahr.

Lichtenstein.

Sonnabend nachm. 2 Uhr, D.S.R. Nr. 1875—1976 bei Richtermeister Merkel, Rümpf. 1/2 Pf. 25 Pf. Maschendraht, Nr. X, Wagner 1—418, Weiß 419—849, Roth 850—1407, Dietrich 1408—Ende n. Ratharten. 1/2 Pf. 43 Pf.

Kirchenverkauf in Callenberg

Freitag, den 12. Juli, bei Handelsmann Stierold, 1/2 Pf. Abend für 25 Pf. Lebensmittelliste B. Nr. 2191—2400. Sonnabend, den 13. Juli nachm. 2—3 Uhr Nr. 2401—Schluß.

Verkauf von Wairaben in Callenberg.

Sonnabend, den 13. Juli vorm. 8—12 Uhr auf dem Güterbahnhofe 10 Pfund 1,50 Mt. Bezahlung im Gemeindefaal.

Fleischverkauf in Callenberg

Sonnabend, den 13. Juli bei Härtig, Schubert und Schramm. 170 Gramm für Erwachsene Fleisch und 85 Gramm für Kinder unter 6 Jahren Wurst. Verkauf nur bei Härtig!

Kunden erhalten ihr Fleisch bei demjenigen Fleischer, der ihre Familie zu beliefern hat.

Die Fleischentnehmer bei Härtig haben in nachstehender Nummernfolge zu kommen:

Nr. 1—50 vorm. 7—8 Uhr, Nr. 51—100 vorm. 8—9 Uhr, Nr. 101—150 vorm. 9—10 Uhr, Nr. 151—200 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 201—250 vorm. 11—12 Uhr, Nr. 251—300 nachm. 1—2 Uhr, Nr. 301—350 nachm. 2—3 Uhr, Nr. 351—450 nachm. 3—4 Uhr.

Butterverkauf in Callenberg.

Sonnabend, den 13. Juli. 1/2 Pf. für 43 Pf. Fettmarkte U I. Verkaufsstellen: Nr. 1—600 vorm. 8—9 Uhr, Nr. 601—1200 vorm. 9—10 Uhr, Nr. 1201—1800 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 1801—Schluß vorm. 11—12 Uhr.

Bekanntmachung.

Der 2. Termin Gemeindefsteuer ist bis 20. d. Mts. zu bezahlen. Nach dieser Zeit wird das Beitragsverfahren eingeleitet. Seebad, den 10. Juli 1918. Der Gemeindevorstand.

Aufenthaltsbeschränkung für Sommerfrischler usw. bei unzulässigem Lebensmittelaufkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über Maßnahmen zur Beschränkung des Fremdenverkehrs vom 13. April 1918 — Reichsgesetzblatt Seite 186 — wird mit Zustimmung des Reichsanwalters bestimmt:

§ 1. Sommerfrischler, Kurgäste und andere Personen, die in einem Orte mit weniger als 6000 Einwohnern ohne Wohnsitzgründung vorübergehend Aufenthalt genommen haben, kann nach ihren Familienangehörigen und sonstiger Begleitung der fernere Aufenthalt im Aufenthaltsorte untersagt werden, wenn sie durch Uebertretung der für den Nahrungsmittelverkehr getroffenen Anordnungen die Allgemeinerhaltung mit Nahrungsmitteln gefährden. Die strafrechtliche Verfolgung rechtswidriger Handlungen wird hierdurch nicht berührt.

§ 2. In Städten mit reichlicher Städtebevölkerung der Stadtrat, in übrigen die Amtshauptmannschaft des Aufenthaltsortes.

Rechtsmittel gegen Verfügungen der in § 1 genannten Art haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mt. oder mit Haft bestraft.

Dresden, am 10. Juli 1918.

Ministerium des Innern.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Auf Sehe Bäder Rade bei Sattingen (Ruhr) wurden drei Bergleute erschossen und getötet.

* Englische Pazifisten, die der Landdownischen Friedensbewegung nahe stehen, sind an der Arbeit, die Unterstützung der englischen Gewerkschaften, sowie der parlamentarischen Arbeiterpartei für ein Landdownisches Friedenskabinett zu sichern.

* Lord Curzon teilte mit, daß der König und die Königin von Belgien in einem Flugzeug in England eingetroffen seien.

* „Tannin“ berichtet, daß die Araber sich mehr und mehr von den Engländern zurückziehen, da sie der Bedrückung und Willkürherrschaft der Engländer überdrüssig seien.

* Zwischen dem russischen Gesandten und dem bulgarischen Geschäftsträger hat am Mittwoch der Austausch der Ratifikationsurkunden des Versailler Friedens stattgefunden.

Der Reichsanwalt über die Lage.

Berlin, 11. Juli 1918.

Um 12 Uhr stellte im Hauptsaal des Reichstages der Vorsitzende Ober den Landw. betr. den 15 Milliarden Kredit zur Beratung. Einleitend erklärte Reichsanwalt von Faur: Der Reichsanwalt werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich geben. Nun seien bei früheren Anlässen trotz beschlossener Vertraulichkeit Meldungen hinausgegangen, die verwerfend gewirkt hätten. Deswegen wüßte er, daß dem vorzuziehen werde, als nicht in die Presse kommen. Nach einer kurzen (weiliger) mündlicher Rede nahm der Hauptsaal den Antrag des Reichsanwalts an, entsprechend dem früher geübten Verfahren die Berichte über die Reden vor dem Reichsanwalt von der Regierung selbst geben, die Berichte über die Reden der Abgeordneten durch die Schriftführer prüfen zu lassen.

Reichsanwalt Graf Hertling

leitete seine Rede über die politische Lage mit den

Worten ein: Ich werde Ihnen alles offen darlegen, wenn die durch den Antrag Erhebter gesonderten Grenzlinien der Berichterstattung eingehalten werden. Der Kanzler erklärte, daß der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes an dem Kurze der gesamten Reichspolitik nicht das geringste ändern werde. Sowohl die innere wie die äußere Politik des Reiches werde sich nach wie vor auf den Bahnen bewegen, die in den früheren Erklärungen des Kanzlers, vorgezeichnet waren. Soweit der Wille der Regierung in Betracht komme, seien in innerpolitischer Hinsicht alle negativen Aussagen zurückgehalten worden. Die Regierung werde auch mit voller Energie auf der Durchführung der in die Wege geleiteten Reformen bestehen und diese zu Ende führen. Nach außen hin sei die Reichspolitik programmatisch in der Antwort auf die Friedensnote des Vorkriegs festgelegt. Aller Welt sei die christliche Friedensbestimmung der deutschen Regierung seit langem bekannt und habe sich daran auch weder bisher etwas geändert, noch werde dies in Zukunft geschehen. Demgegenüber habe aber die Tatsache best, daß der Verhandlungsstil der Feinde nach wie vor aus Härte hervorgeht, zuletzt erst wieder in den Reden von Wilson und Lloyd. Solange darin kein Wandel eintrete, seien wie zum Weltkrieg nur andere Freiheit u. Wohlfahrt möglich. In der Bereitwilligkeit auf wirtschaftliche Verhandlungsvorschläge der uns feindlichen Mächte einzugehen sei aber die politische Reife mit der Obersten Protestation vollkommen einig.

Der Kanzler berührte dann noch im einzelnen die politischen Lebensverhältnisse im Osten und Westen und hob dabei zu dem Osten das Kriegsumgekehrte nach dem Lichtman hin mit den Erklärungen der die schon im Dezember 1917 abgegeben und von der internationalen Welt u. des Reichstages gebilligt worden seien. Die anderweitige Prüfung des Auswärtigen Amtes sei nicht auf tatsächliche Kernangelegenheiten beschränkt, sondern eine vollständige Berücksichtigung aller Punkte, über die der Kanzler vertraulich nähere Aufschlüsse gab. Der als Reichsleiter des Staatssekretärs von Kuhl

mann in Aussicht genommene Gesandte von Hildebrand, habe die bindende Erklärung abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichsanwalters mitmachen werde.

Der Eindruck der Kanzlerrede.

Die Rede Hertlings im Hauptsaal hinterließ einen durchaus günstigen Eindruck. Zwar waren die Ausführungen, die von Zeitweilen danach machte, scharf, doch hatte man in den Kreisen der bürgerlichen Parteien, besonders auf der Rechten, erwartet, daß er noch heftiger sprechen würde, als er es tatsächlich getan hat. Größer nahm für das Zentrum das Wort. Wohl fand er einige Anmerkungen im Herrn von Mühlmann, im übrigen waren aber seine Worte in jeder Beziehung ein Vertrauensvotum für den Reichsanwalt. Die Tatsache, daß wieder für das Zentrum sprach und für den Grafen Hertling erwählte, alle als Beweis dafür, daß der Kanzler nicht mehr den größeren Teil seiner Kräfte hinter sich hat. Anstatt, der für die Fortschrittler sprach, erklärte sich sehr deutlich aus. Nach Lage der Dinge ist eine große politische Ausprägung im Plenum nicht mehr zu erwarten, und man nimmt in parlamentarischen Kreisen mit Bestimmtheit an, daß der Reichstag bis zum Ende seine Arbeit erledigen wird.

Die A. F. R. Kreise im Reichstag, die sich nicht angeschlossen, es ist einwachen nur verbleibt, befindet sich auf lange, denn ohne Unterbrechung der Parteien herrscht überall die Meinung, daß es höchste Zeit ist, endlich einmal zur Ruhe zu kommen und die ewigen Auseinandersetzungen auf einige Monate auszuschieben. Die Ausbreitung geht am Freitag im Ausschuss weiter. Man hofft, soweit eine Vereinbarung zwischen den Parteien in Bezug auf die Plenum selbst am Sonntag die Verhandlung der Kriegsgesetze ohne jede Verzögerung möglich sein wird. Inzwischen ist das neue Einverständnis über, es scheint, als ob bei den Sozialdemokraten wenigstens die Meinung besteht, den Kanzler nach zu bestimmten Erklärungen auch im Plenum zu bringen.